



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Gambia

2017

Die Regierung von Präsident Yahya Jammeh, die im Dezember 2016 gewählt wurde ließ Sympathisanten der Opposition inhaftieren und schloss etwas später drei unabhängige Radiostationen.

Die gambischen Behörden können einen maßgeblichen Schritt von der brutalen Vergangenheit des Landes hin zu einer Reform tun.

Und zwar durch Aufhebung von Gesetzen, die Unterdrückung zum Inhalt haben, Reform der Sicherheitskräfte und Sicherstellen von Verantwortlichkeit für vergangene schwere Menschenrechtsverletzungen.

Willkürliche Verhaftung und Folter

Amnesty drängt den neuen Präsidenten Barrow dass die Sicherheitskräfte reformiert werden. Dazu gehört auch die Auflösung paramilitärischer Gruppen, die in frühere Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind. Folter soll als Straftat im gambischen Gesetz festgeschrieben werden. Unter der vorangegangenen Regierung beschrieben die UN die Folter als „überhandnehmend und routiniert“ und mutmaßten, dass Täter niemals zur Rechenschaft gezogen würden. Amnesty International fordert Untersuchungen über die Anschuldigung von Folter und Einsicht in alle Arrestschauplätze durch unabhängige nationale und internationale Beobachter.

Der Journalist Ebrima Manneh wurde 2006 mutmaßlich vom gambischen Geheimdienst festgenommen.

Die Inhaftierung von Ebrima Manneh wurde 2008 für rechtswidrig erklärt. Gleichwohl blieb sein Schicksal unklar.

Am 31. März 2017 ist der Familie gegenüber erklärt worden, dass er tot sei.

Meinungs- und Versammlungsfreiheit

Amnesty international fordert die Rücknahme einer Reihe drakonischer Gesetze, die dazu dienten die Meinungsfreiheit in Gambia einzuschränken.

Das Recht auf friedlichen Protest soll gesetzlich verankert werden.